

## „Sparen ist Gift für die Schuldenstaaten“

Probleme lassen sich laut Dennis Snower vom Kieler Institut für Weltwirtschaft nur durch Wachstum lösen

Dennis Snower vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IFW) gehört nicht zu den Ökonomen, die ständig zu Gast in Talk-Shows sind. Der in Wien geborene Amerikaner sucht nach langfristigen Lösungen außerhalb des Tagesgeschäfts. Sein Institut nimmt im Ranking von sogenannten Denkfabriken (Think-Tanks) weltweit den sechsten Rang ein. Einmal im Jahr versammelt er Entscheidungsträger zum Global Economic Symposium (siehe unten). Über mögliche Wege aus der aktuellen Krise sprach er am Rande einer Veranstaltung vor mittelständischen Unternehmern bei Frerichs Glas in Verden mit Annemarie Struß-von Poellnitz.

### Derzeit häufen sich negative Wirtschaftsmeldungen. Ist Deutschland wieder auf dem Weg in die Rezession?

**Dennis Snower:** Das Wachstum in Deutschland nimmt auf jeden Fall stark ab. Es ist möglich, dass es überall in der Weltwirtschaft einen synchronen Abschwung geben wird. Sollte das eintreten, wäre es möglich, dass auch Deutschland in eine Rezession schlittert. Aber die Vorhersagen gehen eher von einem sehr niedrigen Wachstum aus.

### Wird das eine Wachstumsdelle oder ein längerer Abwärtstrend?

Das hängt sehr von der Politik ab. Wir sollten eingestehen, dass es der Politik nicht gelingt, mit der Krise in Europa fertig zu werden, und wir haben große weltwirtschaftliche Probleme. Vor diesem Hintergrund könnte es eine längere Durststrecke geben. Wir sollten insgesamt nicht mehr mit Wachstumszahlen wie vor der Krise von 2009 rechnen. Die Entwicklung wird ähnlich verlaufen, wie nach dem Ölpreisschock Mitte der 1970er-Jahre. Darauf folgten 20 Jahre mit relativ niedrigem Wachstum.

### Wo sehen Sie die Ursachen für dieses gebremste Wachstum?

Zum einen sind die Ursachen der letzten Krise nie wirklich überwunden worden: Finanzinstitute sind immer noch „too big to fail“, zu groß, um zu fallen. Dort werden weiterhin exzessive Risiken erzeugt. Zentralbanken befinden sich immer noch im Zielkonflikt zwischen der Stabilisierung der Finanzmärkte und der Inflationsbekämpfung. In der Fiskalpolitik haben wir auch keine Lösung gefunden: Wir müssen versuchen, die Wirtschaft zu beleben, aber weil die Staatsschulden so hoch sind, können wir uns das nicht leisten. Zum anderen haben wir große Ungleichgewichte in den Schwellenländern. Dort muss man sich auf eine neue Art von Wachstum einstellen, das nicht so sehr von Investitionen getrieben ist, sondern mehr vom Konsum.

### Das betrifft zum Beispiel China, das weg muss von Billigprodukten für den Export?

Ja. Aber um das zu erreichen, müssten die Menschen im Land selbst mehr konsumieren und weniger sparen. Um Konsumanreize zu schaffen, müsste China aber einen Wohlfahrtsstaat aufbauen, der es unnötig macht, dass die Leute so viel Geld sparen. Auch der Finanzsektor in China müsste sich verändern und zum Beispiel mehr Kredite an Privatunternehmen vergeben.

### Ist Europa auf dem richtigen Weg zur Überwindung der Schuldenkrise?

Es gibt ein grundlegendes Problem, das sich aber lösen ließe: Wir haben Schuldnerländer und Gläubigerländer, und die haben unterschiedliche Interessen. Es geht darum, eine sogenannte Win-win-Situation zu schaffen, von der beide profitieren. Da ist in der Vergangenheit viel schief gelaufen. Die Verantwortung dafür tragen viele. Auch die Gläubigerländer waren beteiligt an einem System, das nicht nachhaltig ist. Deshalb gibt es einen Anspruch an jeden, konstruktiv mitzumachen. Wir brauchen einen langfristigen Plan der Nachhaltigkeit und zugleich einen kurzfristigen Plan der Unterstützung. Wenn das gleichzeitig geschieht, würden die Gläubigerlän-



Dennis Snower: Die Ursachen der Krise sind noch nicht überwunden. FOTO: JANINA RAHN

der Geld geben, weil sie wüssten, dass sie es zurückbekommen. Denn Nachhaltigkeit in der Fiskalpolitik bedeutet, dass die Schulden nicht explodieren, sondern dass man sie in den Griff bekommt.

### Geht das ohne einen zweiten Schuldenschnitt, in dem vor allem die öffentlichen Geldgeber auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten?

Diese Frage bezieht sich vor allem auf Griechenland. In Griechenland haben wir einen grundlegenden Fehler gemacht: Wir haben nicht an einem langfristigen Konzept gearbeitet. Da wir wissen, dass wir eine zukünftige griechische Regierung nicht verpflichten können, den jetzigen Sparkurs weiterzuführen, muss diese Regierung mächtig sparen, um sofort die Sparziele zu erreichen. Aber wenn man eine Regierung zwingt, in einer Depression zu sparen, gerät das Land in eine Abwärtsspirale. Sie wird durch den Wohlfahrtsstaat noch verstärkt.

### Wie das?

Wenn der Staat spart, gibt es weniger Nachfrage, weniger Beschäftigung. Aber durch

die Transfers im Wohlfahrtsstaat steigen dann automatisch die Ausgaben des Staates, die Arbeitslosigkeit steigt und die Finanzen brechen ein. Obwohl der Staat spart, steigen die Schulden. Diese Lektion kennen wir aus der Weltwirtschaftskrise zwischen den Kriegen. Daraus hat die Politik gelernt und in der Krise von 2009 weltweit richtig mit Konjunkturprogrammen reagiert. Dadurch wurde verhindert, dass wir in eine Depression schlittern. Aber in der aktuellen Krise scheinen die Politiker diese Lektion wieder vergessen zu haben, und wir schreiben den Italienern, Spaniern, Portugiesen und Franzosen vor, dass sie sparen müssen, obwohl das Gift ist für ihre Wirtschaft.

### Sie schlagen in Ihrem Drei-Punkte-Programm zur Euro-Krise vor, dass die EU mit ihren Förderinstrumenten, unter anderem der Europäischen Investitionsbank, Anreize schaffen soll.

Das Wichtigste ist, dass jedes Land der Eurozone, das Zugang zu einem Rettungsschirm haben will, sich verpflichten muss, eine Fiskalregel zu formulieren. Sie müsste beinhalten, wo langfristig die Staatsschul-

denquote liegen soll, wie schnell man diese Schuldenquote erreichen will, wie antizyklisch die Fiskalpolitik zu sein hat.

### Jedes Land soll diese Ziele für sich selbst definieren?

Ja, denn dann hat man selbst die Fiskalhoheit. Das ist wichtig, weil die Länder Europas nicht genügend europäische Identität haben, um sich das von Brüssel vorschreiben zu lassen. Wenn diese Ziele formuliert sind, müsste aber auch gewährleistet sein, dass sie konsequent erfüllt werden. Nehmen wir an, Griechenland hätte 25 Jahre Zeit, seine Schulden abzubauen: In einer Fiskalregel müsste festgeschrieben werden, dass der Staat in einer Depression die Wirtschaft stimulieren kann, aber in guten Zeiten massiv spart. Das wäre ideal.

### Und wenn Griechenland sich nicht an die selbst aufgestellten Regeln hält?

Man könnte das in die Verfassung schreiben, aber auch das ist keine Gewähr dafür. Wir werden sehen, wie es sich mit der deutschen Schuldenbremse verhält. Es müsste jedenfalls einen Automatismus geben, der bei Regelverletzungen greift. Die Mehrwertsteuern könnten automatisch angehoben oder Staatsausgaben gesenkt werden. Dann wäre eine solche Regel glaubwürdig, und dann hätten die Gläubigerländer die Gewissheit, dass sie ihr Geld zurückbekommen.

### Ist Griechenland in der Lage, sich zu erholen und langfristig seine Schulden abzubauen?

Keine Ahnung! Ich weiß aber: unter den jetzigen Bedingungen ist das komplett ausgeschlossen! Wenn wir den Griechen 25 Jahre geben, hängt die Antwort davon ab, ob es gelingt, ein einleuchtendes Strukturprogramm zu entwickeln, das neues Wachstum ermöglicht. Das ist keineswegs hoffnungslos. Florida war mal das Griechenland der Vereinigten Staaten. Bis man darauf kam, dass man aus dem warmen Klima, der schönen Landschaft etwas machen könnte. Ältere Menschen, die im Norden frieren, könnten nach Florida kommen ...

### Griechenland als Seniorenresidenz Europa?

Florida ist auch nicht die Seniorenresidenz der Vereinigten Staaten. Aber man braucht neue Ideen, wie man die speziellen Vorzüge des Landes nutzt. Solche Ideen hat Griechenland bis jetzt nicht ausgearbeitet. Dafür muss man Anreize schaffen. Bisher diskutieren wir aber nur übers Sparen.

**Zur Person:** Dennis Snower, geboren 1950 in Wien, hat in Oxford und Princeton Philosophie, Politik und Wirtschaftswissenschaften studiert. Seit 2004 ist er Präsident des IFW Kiel.

### Global Economic Symposium

Einmal im Jahr lädt Dennis Snower Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsführer zu einem Symposium ein. „Hier kommt keiner als Vertreter einer Regierung oder eines Unternehmens, sondern als Weltbürger“, erklärt er. Es geht um nichts Geringeres als die Suche nach Lösungen für globale Probleme wie Klimawandel, Finanzkrise und die ungleiche Verteilung von Bildung. Die Lösungsvorschläge erscheinen in einer Dokumentation, die an Entscheidungsträger weltweit übergeben wird. Erreichen will Snower damit, dass neben den sogenannten Top-Down-Ansätzen, der Politik von oben durch Organisationen wie UN, Welthandelsorganisation oder dem Internationalen Währungsfonds, möglichst viele Einzelbeispiele von unten (Bottom-up) entstehen, und die Akteure so etwas bewegen können. Gerade der deutsche Mittelstand sei sehr innovativ, zum Beispiel bei Lösungen zum Energiesparen. Das werde auch im Ausland registriert. (asp)

## Bremer Interesse an der Peenewerft

Drei Schiffbauer legen Angebote vor

VON ALEXANDER KLAY

**Wolgast-Bremen.** Zum ersten und wohl auch letzten Mal hat der Gläubigerausschuss der insolventen P+S-Werften gestern in Wolgast getagt. „Es sieht gut aus“, sagt Insolvenzverwalter Berthold Brinkmann dieser Zeitung – zumindest was die Wolgaster Peenewerft angeht. Am Standort mit seinen 400 Mitarbeitern und 65 Auszubildenden gibt es Aufträge bis Mai kommenden Jahres. Gerade gestern hat die schwedische Küstenwache einen Auftrag bestätigt, der Bau von zwei Küstenwachschiffen kann abgeschlossen werden. Und Brinkmann rechnet mit weiteren Aufträgen in den kommenden Wochen.

Das gefüllte Orderbuch gestaltet die Investorensuche für die Werft in Wolgast vergleichsweise einfach – der Insolvenzverwalter spricht von drei Interessenten, die bis Ende November verbindliche Angebote vorlegen müssen. In Wertkreisen ist die Rede von der Schiffbaugruppe Abu Dhabi Mar, der Rostocker Werft Tamsen Maritim, und auch die Bremer Lürssen-Gruppe habe inzwischen eindeutiges Interesse am Kauf bekundet. Noch vor dem Jahreswechsel will Brinkmann den Verkauf abschließen. Womöglich schon am 17. Dezember – dann tagt wieder der Gläubigerausschuss. Der neue Betreiber soll mindestens 300 Mitarbeiter und alle Auszubildenden übernehmen, sagt der Insolvenzverwalter.

Deutlich verhaltener äußert sich Brinkmann zur Lage beim zweiten Standort der P+S-Werften, der Stralsunder Volkswerft. „Stralsund macht uns weiterhin große Sorgen.“ Mögliche Investoren seien zwar einige vorhanden. Aber das sei „alles sehr offen, wir sehen da zurzeit noch sehr wenig“.

Ein ungelöstes Problem: Die Zukunft von zwei Fähren für Scandlines ist weiterhin unklar. Für die Linie Rostock-Gedser sind die Schiffe im Bau zu schwer geraten – der Tiefgang ist zu groß. Brinkmann: „Beide Seiten wissen, dass dieser Vertrag so nicht durchgeführt werden kann.“ Anderswo könnten die Fähren eingesetzt werden. Mit Scandlines als auch Dritten werden verhandelt. „Aber die Preise sind niedrig.“

Immerhin: Der Betrieb auf der Werft könnte wieder aufgenommen werden. Der Kunde DFDS habe weiterhin Interesse an den beiden bestellten Roll-on-roll-off-Schiffen. „DFDS ist bereit, Anzahlungen zu leisten“, sagt Brinkmann. Für die Fertigstellung ist eine neue, unabhängige Betreiber-gesellschaft für die Werft nötig. Bis ein Investor gefunden ist, könnten Schiffbauer aus ihrer Transfergesellschaft zur „Volkswerft Stralsund GmbH“ wechseln und so wieder arbeiten. Außerdem benötigt Brinkmann für den Vertrag mit DFDS einen Bürgschaftskredit über 40 Millionen Euro aus den Rettungsbühnen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Bis Anfang Dezember müsse darüber entschieden werden – bis dahin muss Brinkmann einen Abwicklungsplan bei der EU einreichen.

ANZEIGE

Marco Adamczewski, Filialleiter Wellensteyn Store Bremen

Der WESER-KURIER gehört zu Bremen, wie die Stadtmusikanten. Deshalb haben wir dort seit Bestehen unserer Bremer Filiale einen festen Anzeigenplatz: Unsere modischen Funktionsjacken bewerben wir passend über der Wetterkarte.

WESER KURIER

## Piano Rosenkranz hat die beste Nachfolgeregelung

VON PETER HANUSCHKE

**Bremen.** Der schon etwas ältere Firmeninhaber wird plötzlich krank, fällt längere Zeit aus – der Betrieb bricht zusammen. Nachfolgeregelung? – Fehlannonce. Dieses Thema wird häufig in Unternehmen mittlerer Größe ausgeblendet: So lässt sich zum Teil erklären, weshalb rund 6000 Unternehmen jährlich ihre Tätigkeit einstellen, weil es keinen Nachfolger gibt.

Beim 1924 gegründeten Oldenburger Familienunternehmen Piano Rosenkranz hatte sich Inhaberin Linda Rosenkranz, die 1973 das Geschäft übernahm, mit dem Thema schon seit Jahren beschäftigt und eine Regelung gefunden, als sie mit Mitte 40 noch Jahre als Inhaberin vor sich hatte. Diese frühzeitige Regelung hat auch den Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) überzeugt: Am Mittwochabend nahmen die beiden neuen Geschäftsinhaber von Piano Rosenkranz – zwei langjährige Mitarbeiter – den BVMW-Preis „Beste Unternehmens-Nachfolgeregelung“ in der Region Bremen-Oldenburg-Nordwest entgegen. Der Preis, der alle

zwei Jahre verliehen wird, wurde zum sechsten Mal vergeben. 2010 bekam ihn der Bremer Elektro- und Feinmechanikbetrieb HR Sandmeier.

„Das Thema spielte schon 1996 bei meinem Bewerbungsgespräch eine Rolle – Linda Rosenkranz fragte, ob ich mir das in der Zukunft vorstellen kann“, sagte Uwe Punkte, neben Nicholas Claaßen einer der beiden neuen Inhaber. „Das war quasi eine Voraussetzung, um überhaupt anfangen zu können“, sagt Punkte, der in Hannover den Beruf des Klavierbauers bei einem großen Steinway-&-Sons-Händler erlernte. „Ganz so war es nicht – ich hätte natürlich immer nein sagen können, aber die Idee ist Jahr für Jahr konkreter geworden, beziehungsweise hat Linda Rosenkranz auch Jahr für Jahr mehr Verantwortung abgegeben.“ Die Übergabe sei sehr stark auf die beteiligten Personen ausgerichtet gewesen. Deshalb habe das Unternehmen 2007 auch ganz bewusst Nicholas Claaßen, ebenfalls Klavierbauer, eingestellt. Punkte: „Wir kannten ihn von einem Praktikum bei uns – wir wussten, das funktioniert: Fachlich war das sowieso klar, im Vordergrund stand

das Menschliche.“ So war beim Festakt im Bankhaus Neelmeyer auch immer wieder die Rede von der „Übergabe mit Herz“.

In seiner Laudatio sagte Klaus Wegling, Leiter der Wirtschaftsförderung Oldenburg: „Da Unternehmerinnen und Unternehmer die gesamten Schwerpunkte ihres Lebens in den Betrieb investieren, ist dieser Preis mehr als ein Symbol. Er soll Anre-



Ulrich Punkte (links) und Nicholas Claaßen bekamen den Preis „Beste Unternehmens-Nachfolgeregelung“ des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft überreicht. FOTO: KOCH

gung und Mut machen, rechtzeitig die Unternehmensnachfolge zu regeln.“

Allerdings gebe es nicht immer die Konstellation, geeignete Nachfolger in den eigenen Reihen zu finden, sagt BVMW-Regionalgeschäftsführer Detlef Blome: Deshalb habe der BVMW auch ein Projekt gestartet, das helfen soll, geeignete externe Nachfolger zu finden.

## OHB baut spanischen Fernseh-Satelliten

**Bremen (wk).** Nach mehr als 25 Jahren Pause wird in Deutschland erstmals wieder ein Telekommunikationssatellit gebaut. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) unterzeichnete gestern einen Vertrag mit dem Bremer Satellitenhersteller OHB. Das Auftragsvolumen beträgt rund drei Millionen Euro. Der Satellit mit dem Namen „Hispatat Advanced Generation 1“ soll die Iberische Halbinsel, die Kanarischen Inseln und Südamerika mit TV-Programmen versorgen. Der Satellit beruht auf „SmallGEO“. Die Plattform für kleine Satelliten ist von OHB und der europäischen Weltraumagentur ESA entwickelt worden. OHB baut den Satelliten, Tesat Spacecom aus Backnang steuert die Nutzlast bei. Der Start ist für Ende 2014 geplant.